

Europa – 40 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges

Von Egon Bahr

Die Furcht vor dem sich ausbreitenden Einfluß der Sowjetunion und die Furcht vor dem Atomkrieg erscheinen im Rückblick auf die letzten 40 Jahre europäische Geschichte zwei entscheidende Faktoren gewesen zu sein und zu bleiben. Der sich ausbreitende sowjetische Einfluß war gekennzeichnet durch die Mischung von Ideologie und militärischer Macht. Die westliche Politik der Eindämmung war die Antwort. Aus Erfahrungen der Geschichte ließe sich sehr wohl die Wahrscheinlichkeit des nächsten Krieges begründen, der wesentlich durch die Furcht vor der Atombombe vermieden worden sein könnte. Das atomare Zeitalter und die qualitativen Veränderungen seiner Gesetze wurden global, aber eben auch für Europa prägend.

Das Ergebnis hieß Status quo oder: Erstarrung in der Teilung oder: die Organisation der beiden Teile politisch, ideologisch, wirtschaftlich, militärisch durch die jeweiligen Führungsmächte. Dabei erscheinen die System-bedingten Unterschiede, so unübersehbar sie sind, den politischen Ergebnissen nachgeordnet. Die bipolare Welt der beiden Supermächte, die aufeinander fixiert sind, wurde zu den entscheidenden Kraftfeldern der Weltpolitik, noch bevor man den Begriff der Dritten Welt kannte, und ist es in erstaunlichem Maße geblieben.

Es verwundert nicht, daß die rund 100 neuen Staaten in dem Maße, in dem sie ihre Wünsche und Interessen mehr zu formulieren als zu formieren gelernt haben, die beiden Supermächte und ihre Bündnissysteme in ihrem Gewicht etwas relativierten. Es wundert mehr, daß das gewaltige Übergewicht der Dritten Welt, was die Zahl seiner Menschen, seine geographische Bedeutung und seine Rohstoffe angeht, nicht größeres Gewicht erhalten hat. Der Grund dafür ist einleuchtend: Die Dritte Welt ist zu verschiedenartig, um sich zu organisieren und zu schwach im ganz primitiven militärischen Sinn.

Gleiches gilt für Europa, dessen Teilung noch hinzu kam. Es ist zu unterschiedlich, die Wurzeln seiner nationalen Interessen noch immer zu stark, als daß es selbst in dem Teil, in dem das leichter gewesen wäre, imstande war, sich zu einheitlichem Handeln zusammenzufinden.

In Abwandlung des bekannten Wortes: Die Armut kommt von der Poverté, könnte man sagen: Die Ohnmacht kommt von der Schwäche. Jedenfalls ist kaum bestreitbar, daß das Gewicht Europas abgenommen, das Gewicht der beiden Supermächte zugenommen hat. Genauer: Der Abstand zwischen allen europäischen Staaten auf der einen und den beiden Supermächten auf der anderen Seite, was militärische Macht angeht, wird größer und nicht kleiner, und es ist auch nicht zu sehen, daß diese Entwicklung zu ändern, noch nicht einmal zu stoppen ist.

Europa, beträchtliche Zeit globales Kraftzentrum, hat zu erkennen, daß die Machtpole nach Osten und Westen gewandert sind und findet sich als Vorfeld, als Glacis in der durchaus nicht immer gemütlichen Lage, in der Mitte zwischen beiden und ihren Interessen und Wünschen und Sorgen. Natürlich wäre es ganz unzutreffend, von kolonie- oder protektoratsähnlichen Verhältnissen zu sprechen. Der Stolz der Staaten und Völker hat die ihm gemäße Form der Bündnissysteme souveräner Staaten gefunden, die das Wort vom Vasallen mit Empörung ablehnt, obwohl Vasallen-ähnliches Verhalten da und dort bemerkbar ist.

Bevor ich in den Überlegungen zur Entwicklung Europas weitergehe und einige Schlußfolgerungen versuche, möchte ich einen Faktor mithineinnehmen, der für die europäische Nachkriegsgeschichte von exemplarischer Bedeutung ist. Neben vielen Anlässen, die das Jahr 1985 fast zum Jahr der Erinnerungen machen, gibt es Grund, den 15. Jahrestag des Moskauer Vertrages nicht zu vergessen.

Bei einer der zahlreichen Besprechungen, mit denen wir uns im Sommer und im Herbst des Jahres 1969 auf die Verhandlungen in Moskau vorbereiteten und in denen sich das formte, was einmal ein Vertrag werden sollte, stellte einer meiner Mitarbeiter die Frage: „Angenommen, es kommt dazu; was eigentlich wird dadurch verändert?“ Eine ganz berechtigte Frage. Die Antwort war nicht so einfach.

Auf den ersten Blick – und das ist heute nicht anders – war klar: nichts würde sich ändern: Die beiden deutschen Staaten würden bleiben, die beiden Bündnisse, EG und RGW, die fremden oder verbündeten Truppen würden bleiben, wo sie sind, die ideologischen Differenzen und unterschiedlichen Wertvorstellungen würden sich nicht ändern. Handel und wirtschaftlicher Austausch würden keine neuen Regeln erhalten. Kurz: Man konnte fragen, wozu dann die ganze Aufregung und Anstrengung, wenn so viel Wichtiges bleibt?

Um mit dem Unwichtigsten zu beginnen: Der Vertrag hat der Bundesrepublik ein Stück bis dahin fehlender Gleichberechtigung gebracht; denn abgesehen von dem Akt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die ein weitgehend ungenutztes Instrument blieben, war es ein Zeichen, daß Bonn, ebenso wie seine westlichen Verbündeten, in der Lage ist zu einer selbständigen abgestimmten Initiative mit der Sowjetunion.

Vielleicht kann man bei den nicht so wichtigen Ergebnissen noch aus heutiger Sicht daran erinnern, wieviele Befürchtungen der Opposition von damals sich nicht erfüllt haben: das Bündnis wurde nicht belastet, die Sowjetunion hat nicht ein einziges Mal während der Verhandlungen oder in der ganzen Zeit seither, die ich in der Regierungs-Verantwortung der SPD überblicken kann, auch nur die Andeutung eines Versuchs unternommen, unsere Bündnisloyalität zu erproben, dafür mit irgendetwas zu locken oder eine Perspektive zu entwickeln, die das Engagement der Vereinigten Staaten in Europa verringert

hätte. Von der Geschichte des Moskauer Vertrages her ergibt sich eine konstante Linie über das Vier-Mächte-Abkommen bis zur Schlußakte von Helsinki, in der die Sowjetunion die Vereinigten Staaten als eine Macht akzeptiert hat, ohne oder gegen die man die Sicherheitsfragen Europas nicht lösen kann. Man konnte zuweilen im Gegenteil den Eindruck gewinnen, daß die USA mit ihrer europäischen Präsenz sogar als eine Art von Partner für die faktische Garantie des Status quo angesehen wurden. Die Sowjetunion hat keine Position durch den Vertrag gewonnen, durch die die westeuropäische Entwicklung, also die Frage der Integration oder Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft behindert oder auch nur beeinflußt worden wäre. Schließlich: Der Vertrag hat keinem unserer Nachbarn oder darüber hinaus irgendeinem anderen Staat geschadet.

Damit bin ich wieder bei den positiven Veränderungen. Der Vertrag beendete die Gültigkeit jener Feindstaatenartikel, auf deren Anwendung die drei Westmächte 1955 gegenüber Bonn verzichtet hatten. Jetzt hatte die Sowjetunion allein zu verzichten, und dieser Verzicht war vollständig. Er schlug sich dann auch nieder in dem davon nicht mehr belasteten, also wirklich völlig gleichberechtigten Beitritt der beiden deutschen Staaten in die Organisation der Vereinten Nationen. Die Selbstverständlichkeit, mit der wir heute unsere Mitgliedschaft dort betrachten, ging vom Moskauer Vertrag aus.

Kernstück war die Grenzfrage, also genauer alle Grenzen, die es zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion gibt, die die Deutschen nicht gezogen haben, die kein Deutscher lieben kann, die viele überwinden möchten, die aber nur überwindbar oder veränderbar sind im gegenseitigen Einvernehmen, da es keinen Krieg geben darf. Daraus folgerte die völkerrechtlich kristallklare Verpflichtung, ohne Hintertür und ohne Hintergedanken, daß alle diese Grenzen unter das zwingende Gebot des Gewaltverzichts gestellt wurden. Das galt für die Oder-Neiße-Linie genauso wie für die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, für die polnischen Nord- und Ostgrenzen genauso wie für die tschechoslowakischen Grenzen. Wer daran rüttelt, ist Revisionist. Das Thema der Gebietsansprüche, also die Fortsetzung der Politik des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts, also der Revanchismus, der diesmal nur eine Vogelscheuche wäre, weil er nicht mehr die Zähne zum Beißen hat, dies war mit dem Blick auf das Jahr 2000 zu Ende. Man kann sehr wohl fragen, ob die heutige Bundesregierung ohne den Moskauer Vertrag die Kraft gefunden hätte, sich gegen die revisionistischen Illusionen in den eigenen Reihen mit der Erklärung zu behaupten, daß die Bundesrepublik keine Gebietsansprüche hat und auch künftig keine erheben werde. Der Moskauer Vertrag hat seine Stärke gerade nach der Wende gezeigt.

Die zweite Seite des Gewaltverzichts ist in Moskau während der Gespräche nicht unerwähnt geblieben. Ein gutes oder sogar freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion ist nicht denkbar, wenn der Wunsch nach deutscher Selbstbestimmung als Revisionismus bezeichnet würde. Er ist es nicht, solange der Gewaltverzicht ohne Einschränkung übergeordnet bleibt. Anders gesagt: Alles,

was wir wollen, geht nur einvernehmlich. An diese Erkenntnis zu erinnern, ist gegenwärtig Grund, gerade mit Blick auf die Zukunft.

Der Grundgedanke des Moskauer Vertrages ist zum tragenden Element für die Schlußakte von Helsinki, einen völkerrechtlich nicht verbindlichen Vertrag, geworden, dennoch ein Dokument, auf das sich auch seine Gegner von gestern heute gern berufen und das eine starke Kraft entwickelt. Nicht stark genug; denn, abgesehen von einigen perfektionistischen Überladungen, ist nicht einzusehen, warum das Prinzip des Gewaltverzichts nicht einen völkerrechtlich verbindlichen Charakter zwischen den Staaten in Europa bekommen soll, wem eigentlich dadurch geschadet würde, warum der völkerrechtlich verbindliche Gewaltverzicht nicht dazu benutzt wird, in Stockholm voranzukommen und der militärischen die völkerrechtliche Vertrauensbildung hinzuzufügen? Kein Argument dagegen hat mich bisher überzeugen können.

Nicht vergessen soll werden, wievielen Menschen der Vertrag geholfen hat. Nach den 10 000 Kriegsgefangenen, die nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen nach Hause kamen, folgten nach dem Abschluß des Moskauer Vertrages mehr als das sechsfache dieser Zahl. Nicht vergessen darf werden, in wievielen ungenannten tragischen Fällen geholfen werden konnte, weil wir verlässliche Gesprächspartner geworden waren und solche gewonnen hatten.

Nur am Rande soll an die ungeheure Erweiterung unseres Handels erinnert werden, die auf dem Hintergrund des Vertrages möglich wurde. Selbst bei den hohen Ziffern der Arbeitslosigkeit, an die wir uns nicht gewöhnen wollen, wäre der Prozentsatz bemerkenswert höher, ohne die Ausweitung unseres Ost-Handels, die nicht auf die Sowjetunion beschränkt blieb.

Der Kern dessen, was verändert wurde, lag tiefer. Es handelt sich um einen bedeutenden Akt europäischer Entspannungspolitik, mit dem die beiden Staaten klarmachten, daß die Probleme der Vergangenheit die Zukunft nicht mehr belasten sollten. Das war, nebenbei gesagt, auch ein Grund dafür, daß der Moskauer Vertrag keine zeitliche Begrenzung und keine Kündigungsklausel kennt. Am Grundverhältnis beider Staaten ist nichts mehr zu verändern, solange es einen Friedensvertrag nicht gibt. Der Vertrag hat politisch das Gelände planiert, auf dem man im Zusammenwirken eine Perspektive entwickeln kann, die für die beiden Staaten und durch das, was sie bedeuten, auch für Europa wichtig werden kann. Daß die Vergangenheit nicht vergessen werden, aber uns an dieser Perspektive nicht hindern soll, an diesen Kern des Moskauer Vertrages zu erinnern, ist vor dem 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges besonderer Grund.

Wie sollte dieses Gebäude aussehen? Schon ein Jahr später, 1971 in Oreanda, war in den Gesprächen zwischen Brandt und Breschnew klar, daß das Fundament dazu benutzt werden sollte, sich nun der *hard-ware*, zu deutsch der militärischen Seite der Entspannung, zuzuwenden. Wir hatten keinen Zweifel, daß nach der politischen, der wirtschaftlichen, der humanitären Seite nun die der

realen Sicherheit hinzukommen müßte. Hatte Moskau in Europa ein Gefühl der Beruhigung, einer begrenzten psychologischen Befreiung von Sorge bewirkt, so sollte der psychologischen Entspannung die militärische folgen. Die Bedrohung, wie sie existiert, gleichgültig ob subjektiv oder objektiv empfindbar, sollte verringert werden. Die Formel für eine Reduktion von Truppen, die die Sicherheit keiner Seite verletzt, hatte den Kern dessen gefunden, was zwei Jahre später MBFR – also gegenseitig ausgewogene Truppenreduktionen – genannt wurde, und seit mehr als elf Jahren in Wien zum Mauerblümchen der aus anderen Gründen auch sonst dahinvegetierenden Rüstungskontrollverhandlungen wurde. Ich will jetzt dem nicht weiter nachgehen, warum das steckenblieb, aber der Ansatz, über Fragen der europäischen Sicherheit, die nur multilateral lösbar sind, auch die Grundlage nutzbar zu machen, die der Moskauer Vertrag geschaffen hat, gilt noch heute, wenn man will oder solange man kann.

In den letzten Jahren ist aus unterschiedlichen Gründen manche Möglichkeit versäumt worden. Ein Weg, der lange nicht benutzt wird, wächst wieder zu. Man kann ihn nicht mehr fahren, wenn er gebraucht wird. Die Bundesrepublik ist in den zurückliegenden Jahren schwächer geworden, nach Osten wie nach Westen, weil sie die Möglichkeit der Definition und Vertretung der eigenen Interessen, die nicht gegen andere gerichtet sind, vernachlässigt hat. Zum Teil, weil es dafür kein Ohr mehr gab in Moskau, zum Teil, weil Bonn zu schwach wurde. In den nächsten Jahren wird sich zeigen, ob es diesen Weg überhaupt noch gibt, ob man ihn, von beiden Seiten, überhaupt noch benutzen will und, aus Bonner Sicht, noch benutzen kann; denn wenn sich einige Vorstellungen im Zusammenhang mit dem, was populär Krieg der Sterne genannt wird, verdichten, wird die Bundesrepublik wie andere europäische Staaten eingeebnet werden und kaum noch in der Lage sein, eine nennenswerte Rolle in der Vertretung eigener Sicherheitsinteressen zu spielen, auch nicht gegenüber Moskau. Das Gebäude der Zusammenarbeit, das auf dem Fundament des Vertrages errichtet werden sollte, wird dann ein Torso bleiben. Natürlich haben auch Ruinen ihren Reiz, wenn sie nicht zerstört werden. Aber in der Frage der Sicherheit, die der ungelöste Kern des Verhältnisses zu unseren osteuropäischen Nachbarn ist, könnte es sein, daß die Bundesrepublik nur noch eine begrenzte Zeit die eigene Verantwortung behält, die sie heute hat.

Der Moskauer Vertrag ist das, was die Amerikaner eine Erfolgsstory nennen: Diejenigen, die ihn bekämpft haben, geloben in der Regierung Kontinuität, weder eine Änderung oder eine Ergänzung wird auch nur erwogen, man ist froh, daß man ihn hat, gerade nachdem er seine Haltbarkeit in den Zeiten des vereisenden Verhältnisses zwischen Washington und Moskau bewiesen hat.

Wenn man sich also fragt, welche Erfahrungen aus dem Moskauer Vertrag abzuleiten sind und für die heutige Situation in Europa angewendet werden könnten, so ergibt sich als erstes Kriterium: Wer eine Veränderung zum Besseren will, darf keine Veränderung des Status quo wollen. Von den Grenzen bis zu den Truppen, von den unterschiedlichen Wertvorstellungen bis zu den Sy-

stemen – all dies sind Faktoren der heutigen Stabilität, die für eine Veränderung unentbehrlich bleiben.

Der Moskauer Vertrag hat seine Wirksamkeit entfaltet, obwohl oder weil er unterhalb der militärischen Aspekte geblieben ist. Ob West-Europa auf diesem Gebiet künftig eine größere Rolle spielen kann, ist eine Frage, die zuerst an Frankreich zu stellen ist. Solange Frankreich das nationale Interesse höher setzt als die Identität der europäischen Sicherheit, ist die Autonomie westeuropäischer Sicherheitsinteressen nicht in Sicht. Solange die westeuropäischen Regierungen schwanken, ob sie ihr beträchtliches technisches Wissen und ihre begrenzten finanziellen Mittel in europäische Projekte oder in amerikanische Initiativen stecken, die einen Krieg im Himmel und auf Erden näher bringen können, den sie gerade vermeiden wollen, solange ist es müßig, von einer stärkeren Rolle Westeuropas zu sprechen.

Jedenfalls nicht im militärischen Sinn. Dies scheint mir der Schlüssel zu sein. Die Selbstbehauptung Europas ist nicht erreichbar, wenn sie auf dem Weg über militärische Stärke laufen soll. Der Vorsprung der beiden Supermächte ist nicht mehr einholbar. Hier mithalten zu wollen, würde zur Selbstaufgabe Europas führen.

Die Stärke Europas liegt nicht in seinen militärischen Möglichkeiten, sondern in seiner wirtschaftlichen Kraft, in der Intelligenz seiner Wissenschaftler und Ingenieure und im Leistungswillen seiner Arbeiter. Die Kraft Europas liegt im friedlichen Wettbewerb. Es wäre eine Vergeudung dieser Kraft, damit auf einem Gebiet mit den beiden Supermächten konkurrieren zu wollen, auf dem Europa, auch aus geographischen Gründen, nicht mehr gewinnen kann.

Es sollte nicht einmal den Willen haben, auf militärischem Gebiet zu konkurrieren, denn es ist unnötig.

Die beiden Supermächte sind aufeinander fixiert. Ihre gigantischen militärischen Anstrengungen halten einander in Schach. Sie sind auf diesem Gebiet nur bedingt beeinflussbar. Die deutschen wie die westeuropäischen Hebel sind zu schwach und zu kurz, in Washington wie in Moskau, wenn da wie dort Rüstungsentscheidungen getroffen werden, die durch wirkliche oder vermeintliche Notwendigkeiten der Sicherheit voreinander gefällt werden.

Natürlich hat jeder Staat, unabhängig von seiner Größe, eine Verantwortung, im Interesse der Stabilität, im Interesse der Koexistenz, im Interesse des Friedens; er kann die Lage verschärfen oder erleichtern, gleichgültig, ob er in einem Bündnis organisiert oder neutral ist. Man kann Modelle entwickeln, im Rahmen der eigenen begrenzten Möglichkeiten, um Wege zu zeigen, sei es auf dem Gebiet der chemischen oder der atomaren Waffen in Europa, um im beiderseitigen Interesse Gefahren zu mindern oder neue Rüstungswettläufe zu vermeiden. All das behält seinen Wert und soll nicht unterschätzt werden; aber es ändert nichts Grundsätzliches an der heutigen Lage Europas.

Europa sollte erkennen, daß die militärische Stärke der beiden Supermächte in beträchtlichem Umfang unwirklich ist. Sie ist so groß, daß ihre Benutzung den eigenen Untergang bringt, gewiß auch den Untergang Europas und über den nuklearen Winter das Leben schlechthin auf unserem Globus gefährdet. Wenn die Frage von Sein oder Nicht-Sein der Menschheit, einschließlich der beiden Großen, diese nicht davon abhält, ihre Overkill-Kapazitäten freizulassen, wer, um alles in der Welt, kann dann glauben, daß die Rücksicht auf Europa sie davon abhalten könnte? Wenn die beiden Großen sich nicht selbst bremsen, wird es niemand schaffen. Die Bremsen des Interesses am eigenen Überleben sind stärker als alles, was dem hinzugefügt werden könnte.

Wenn diese Bremsen halten, dann wird die unbegrenzte Macht der Supermächte zur begrenzten Ohnmacht; denn Stärke, die nicht angewendet werden soll oder darf, ist eben nur noch bedingt Stärke. Die gemeinsame Sicherheit unter dem Risiko, gemeinsam zugrunde zu gehen, macht die nuklearen und strategischen Potentiale für Europa nicht nur vernachlässigungsfähig, sondern jede Konkurrenzidee sinnlos.

Europa sollte seine Zukunft bewußt als Alternative zu dem Kurs der beiden Supermächte ins Auge fassen, die Entwicklung seiner wirtschaftlichen und nicht seiner militärischen Stärke. Es sollte dabei an Japan denken, das genau so zu einer Herausforderung Amerikas wie Europas geworden ist, gerade weil es seine Intelligenz in friedliche Abenteuer und nicht in Rüstungen investiert hat. Obwohl es regional wie global unter der gleichen Bedrohung wie unter dem gleichen Schutz eines atomaren Konfliktes lebt.

Europa-West und Europa-Ost sollten also ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der Hypothese aufbauen, daß es den Dritten Weltkrieg nicht geben wird. Sie sollten das Prinzip der Arbeitsteilung zum beiderseitigen Vorteil in einer Weise entwickeln, daß gegenseitige Abhängigkeiten entstehen, an deren Ende die wirtschaftliche Verflechtung einen Grad erreicht hat, der friedenssichernde Qualität bedeutet und damit Entspannung unumkehrbar macht.

Dies wäre der selbständige Beitrag, den Europa zur Sicherung des Weltfriedens leisten kann. Dies wäre ein Beitrag, der bedeutende Energien in Wissenschaft und Technik freisetzt und Europa in den Stand setzen würde, eine kräftige Hand zur Unterstützung derer auszustrecken, die in der Dritten Welt nicht nur unter militärischer, sondern auch unter wirtschaftlicher Schwäche leiden.

Ein solcher Weg verlangt auch gemeinsame Forschungen und die Entwicklung gemeinsamer Projekte, deren Ergebnisse natürlich gemeinsames Eigentum und nicht irgendwelchen Hemmnissen des Austausches unterworfen wären.

Auch ein solcher Weg würde äußerlich nichts ändern: die Grenzen und die Truppen blieben, EG und RGW ebenso wie NATO und Warschauer Vertrag und nicht zuletzt die ideologischen Unterschiede, aber es wäre ein Weg, der

über die friedliche Koexistenz hinaus Europa eine Zukunft und eine weltpolitische Rolle gäbe, die seinen Fähigkeiten entspricht.

Zwei Überlegungen möchte ich anfügen. Die eine hat etwas mit europäischer Sicherheit zu tun. Es bedarf wohl keiner besonderen Phantasie, um vorauszusagen, daß der strategisch-nukleare Schirm, der sich heute über Europa wölbt, lange Zeit bleiben wird, durch Europa nicht wesentlich beeinflussbar, auch nicht ersetzbar. Es ist aber das europäische Interesse, die Gefahren zu vermeiden, die aus dem Übergreifen eines Konfliktes in einer anderen Region auf Europa und die Neigungen entstehen könnten, gerade dann einen auf Europa begrenzten Krieg zu versuchen. Ob ein derartiger Versuch gelingt oder nicht, ist jedenfalls für Europa uninteressant; denn welche These zutrifft, werden wir nicht mehr erfahren. Diesem Interesse kann Europa gerecht werden, wenn es zu einem annähernd ausgewogenen konventionellen Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Vertrag kommt, annähernd ausgewogen heißt, qualitativ und quantitativ auf beiden Seiten Streitkräfte zu haben, die das Risiko eines konventionellen Angriffs ausschließen. Europa müßte bereit sein festzustellen, ob dies auf einem geringeren Niveau der Streitkräfte und Rüstungen möglich ist, wovon ich überzeugt bin, andernfalls aber ohne zusätzliche Belastungen der Vereinigten Staaten selbst zusätzliche Anstrengungen unternehmen. Auf dieser Basis würden alle taktischen Nuklearwaffen in Mitteleuropa auf beiden Seiten entbehrlich werden und zu entfernen sein und alle Mittelstreckenwaffen mit Ausnahme dessen, was in direkten Verhandlungen zwischen Paris, London und Moskau vereinbart wird. Es ist klar, daß Großbritannien und Frankreich keine nuklearen Kriegführungskapazitäten, sondern wirklich nur reine nationale politische Abschreckungsmittel haben. Dem müßte die Sowjetunion Rechnung tragen.

Die zweite Überlegung ergibt sich aus der ersten. Die Sowjetunion hat nach meiner Einschätzung in den zurückliegenden Jahren eine Rüstung betrieben, die, fixiert auf die Vereinigten Staaten, defensiv im Interesse der Erringung des globalen Gleichgewichts erklärbar gewesen sein mag, aber offensive Fähigkeiten gegenüber Europa entwickelt hat. Ich spreche über Fähigkeiten und nicht Absichten. Aber genauso wie die Sowjetunion die Fähigkeiten und nicht die Absichten der Pershing II-Stationierung wertet, so muß Westeuropa es mit den entsprechenden sowjetischen Streitkräften und Waffensystemen tun. Eine Zunahme der Bedrohung durch die Vereinigten Staaten hat die Sowjetunion mit einer verstärkten Bedrohung gegen Westeuropa beantwortet.

Mitgefangen – mitgegangen, konnte man in Moskau als Begründung einer Haltung hören, die sich mindestens ebenso stark an die Mitverantwortlichen an der Stationierung wie gegen die Verantwortlichen und Besitzer richtet, genaugenommen stärker, denn im Ernstfall ginge die Bedrohung zwar von deutschem, italienischem oder belgischem Boden, aber nicht von Deutschen, Italienern oder Belgiern aus. Diese gewachsene Bedrohung Westeuropas zwingt es wachsend, sich dem Schutz seiner Führungsmacht anzuvertrauen.

Ich sage offen, daß ich mir den beschriebenen eigenen Weg Europas nicht vorstellen kann, unter wachsender oder auch nur gleichbleibender Bedrohung durch die Sowjetunion. Der Weg zur wirtschaftlichen Entfaltung Europas verlangt die erkennbare Reduktion seiner Bedrohung, und dies kann, nach Lage der Dinge, nur die Sowjetunion. Hier ist in dem Osterinterview (vgl. das Interview der „Prawda“ mit Michail Gorbatschow vom 7. April 1985 im Dokumententeil dieses Heftes; d. Red.) des ersten Mannes der Sowjetunion, der natürlich die besondere Rolle der beiden Supermächte sieht, jedenfalls der interessante Ansatz formuliert, daß „die Interessen anderer Staaten . . . nicht mißachtet werden“ dürfen. Es liegt im Interesse der westeuropäischen Staaten, ihre Bedrohung zu reduzieren. Das einseitige Aussetzen der Stationierung von SS-22 in der DDR und in der CSSR bis zum November ist auf die USA und die Genfer Verhandlungen gezielt. Es zeitlich auszudehnen, würde ein positives Signal für Europa werden können.

Natürlich werfen solche Überlegungen die Frage auf, was eigentlich die Solidarität des westlichen Bündnisses verlangt? Diese Solidarität wird, wie man sieht, nicht verletzt, wenn die Führungsmacht, ohne ihre Verbündeten zu fragen, ein Programm beschließt, das in erster Linie dazu bestimmt ist, ihr selbst mehr Sicherheit gegenüber der Sowjetunion zu geben und damit potentiell im Bündnis unterschiedliche Zonen der Sicherheit schafft. Niemand kann den Westeuropäern verargen, wenn sie darauf mit Überlegungen antworten, ob es Wege gibt, sich selbst zusätzliche Möglichkeiten der Sicherheit zu verschaffen, und zwar durch Nutzung der Mittel, mit denen sie stark sind. Die letzte Solidarität im Falle eines Konfliktes wäre weder durch das in Frage gestellt, was Amerika heute will, noch durch das, was Westeuropa vielleicht könnte, wenn die Sowjetunion dafür ein Partner wird.

Niemand weiß, ob die beiden Supermächte in den nächsten Monaten oder Jahren zum eigentlichen Kern des Problems verstoßen, nämlich der Erkenntnis, daß sie nur gemeinsam, unausweichlich, die Chance der kooperativen Sicherheit haben oder das Risiko der fortgesetzten Konfrontation tragen. Vor dieser Alternative sollte die europäische Wahl klar sein. Es ist eine Wahl, die die Konfrontation nicht verhindern, aber ihre Gefahr vielleicht verringern könnte; es ist eine Wahl, die keine der beiden Supermächte bedroht, die keinem schadet, aber ohne viel zu verändern, viel verändern kann und Europa eine Perspektive gibt.